



Lagebericht 2005

I. Gesetzliche und satzungsmäßige Grundlagen

Das Versorgungswerk ist nach § 1 des Gesetzes über die Versorgung der Steuerberater (StBVG NW) vom 10. November 1998 eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Düsseldorf (§ 1 Abs. 1 der Satzung des Versorgungswerks der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen vom 13. Januar 1999). Das Versorgungswerk hat die Aufgabe, seinen Mitgliedern und sonstigen Leistungsberechtigten Versorgung nach Maßgabe des StBVG NW und der Satzung zu gewähren.

II. Geschäftsverlauf und Lage des Versorgungswerkes

1. Allgemeines

Im Berichtsjahr gab es keine Erweiterung der Geschäftstätigkeit bezogen auf die Mitverwaltung anderer Versorgungswerke. Die Kammerversammlung der Psychotherapeutenkammer Baden-Württemberg hat sich für einen Staatsvertrag mit NRW und damit eine Einbindung ihrer Mitglieder in das vom Versorgungswerk der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen mitverwaltete Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer NRW ausgesprochen. Abstimmungen zwischen den Ländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen laufen noch.

Das Versorgungswerk verwaltet zum 31.12.2005 aufgrund der Mitverwaltung der Versorgungswerke der Steuerberaterinnen und Steuerberater in Rhein-

land-Pfalz, der Steuerberater in Hessen und des Versorgungswerkes der Psychotherapeutenkammer NRW insgesamt knapp 11.000 Mitglieder.

2. Kapitalanlagen, Kosten

Die Entwicklung der Kapitalerträge im Geschäftsjahr war geprägt durch eine positive Entwicklung an den Aktienmärkten und Rentenmärkten in Europa. Aufgrund dessen konnte das Versorgungswerk erneut Gewinne bei dem Lazard Spezialfonds verbuchen, die auch teilweise ausgeschüttet wurden. Die Ausschüttung wurde dazu verwendet, in gleicher Höhe wieder Anteile am Lazard Spezialfonds zu erwerben. Auch der Spezialfonds FT-Rent entwickelte sich positiv. Aufgrund der guten Entwicklung konnte auch dieser Spezialfonds erstmals eine Ausschüttung vornehmen. Auch diese Ausschüttung wurde vollständig wieder in Anteile an dem FT-Rent-Fonds reinvestiert. Die Entwicklung der übrigen Kapitalanlagen, insbesondere den festverzinslichen Wertpapieren verlief, aufgrund des im Geschäftsjahresverlauf weiter gesunkenen Zinsniveaus, hinsichtlich der Wertentwicklung der Wertpapiere positiv.

Das Versorgungswerk hat daran festgehalten, die Bewertung von Kapitalanlagen weiterhin nach dem strengen Niederstwertprinzip vorzunehmen. Auf die Möglichkeit der Anwendung des § 341 b Abs. 2 HGB, um durch Zuordnung von Vermögensgegenständen vom Umlaufvermögen in das Anlagevermögen die Möglichkeit zu eröffnen, erst bei nachhaltiger Wertminderung auf den niedrigeren Börsen- oder Marktpreis zum Bilanzstichtag abzuschreiben, wurde verzichtet.

Im Berichtsjahr wurden vom Versorgungswerk weitere Diversifikationsschritte eingeleitet. So wurde zum einen der Aktienanteil im Lazard-Fonds nicht nur erhöht sondern auch global ausgerichtet. Der Aktienanteil wird demnach zu 50% in europäische Aktien, zu 30 % in nordamerikanische Aktien und zu jeweils 10% in japanische Aktien und Aktien aus Emerging Markets investiert.

Darüber hinaus hat das Versorgungswerk sich an einem im August 2005 aufgelegten Immobilien-Poolfonds bei dem Manager Warburg-Henderson betei-

ligt. Der Anteil des Versorgungswerk am gezeichneten Eigenkapital beträgt € 25 Mio. Dieser Anteil wird sukzessive vom Fonds abgerufen, wenn geeignete Objekte erworben werden. Es wird in europäische Immobilien investiert werden (Deutschland 25%, Frankreich 25%, England 15%, Italien 15%, 10% Niederlande, 5% Spanien sowie 5% sonstige). Der Schwerpunkt der Nutzungsart wird mit 55% bei Büroimmobilien liegen, während für Einzelhandelsimmobilien eine Quote von 35% und für Logistik- und sonstige Immobilien eine Quote von jeweils 5% vorgesehen ist. Der Fonds hat im Berichtsjahr bisher drei Immobilien in Hamburg, Frankfurt und München, Deutschland und eine Immobilie in London, England erworben. Das Versorgungswerk ist daran mit einem Investitionsvolumen von € 12,2 Mio beteiligt. Für 2006 sind weitere Investitionen in Höhe von € 10 Mio geplant.

Die nach der Verbandsformel des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) errechnete Nettorendite ist im Vergleich zum Vorjahr, geringfügig auf 4,53 % gesunken (Vorjahr 4,62 %), liegt damit erneut wieder über dem Rechnungszins von 4 %. Die Kosten für den Versicherungsbetrieb sind im Geschäftsjahr mit 2,25 % (Vorjahr 2,41 %) gesunken. Auch die Kosten für die Verwaltung der Kapitalanlagen sind auf 0,09 % (Vorjahr 0,11 %) gesunken.

2. Beiträge und Leistungen

Die verdienten Beiträge sind im Geschäftsjahr von 46,62 Mio € (2004) auf 51,38 Mio € gestiegen. Das Versorgungswerk zahlte Leistungen für Berufsunfähigkeitsrenten in Höhe von ca. 230.000,00 € (Vorjahr ca. 189.000,00 €), für Witwer- u. Witwenrenten in Höhe von ca. 102.000,00 € (Vorjahr ca. 35.000,00 €) sowie für Waisenrenten in Höhe von ca. 23.000,00 € (Vorjahr ca. 5.000,00 €). Ferner wurden Altersrenten in Höhe von ca. 114.000,00 € gezahlt (Vorjahr 37.000,00 €).

Der aktive Mitgliederstand des Versorgungswerkes betrug zum 31. Dezember 2005 6.959 (Vorjahr 6.539). Die Entwicklung des Mitgliederbestandes, des Bestandes an Rentenempfängern und der vom Versorgungswerk zu leistenden

Jahresrenten ist auch aus der dem Lagebericht beigefügten Anlage (Muster 4 RechVersV) ersichtlich.

3. *Versicherungsmathematik*

Der Vorstand hat im Geschäftsjahr, wie auch im vorangegangenen Jahr, den versicherungsmathematischen Sachverständigen Dipl.-Math. Reinhard Reuter, Berlin, mit der Erstellung des versicherungsmathematischen Gutachtens zum 31. Dezember 2005 beauftragt.

Bei dem vom Versorgungswerk der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen angewendeten Finanzierungsverfahren handelt es sich um das "Offene Deckungsplanverfahren" mit einer Modifikation dergestalt, dass durch einen eintrittsaltersabhängigen Faktor die Verweildauer, in dem die Beiträge dem Versorgungswerk zur Verfügung stehen, zu einer stärkeren Berücksichtigung führt. Das Verfahren setzt einen dauernden Zugang zur Versichertengemeinschaft voraus und gewährleistet eine Leistungsdynamik auch nach Beginn der Rentenzahlungen (Rentendynamik). Der sog. "ewige Zugang" ist aufgrund der satzungsmäßigen Pflichtmitgliedschaft aller Kammerangehörigen zum Versorgungswerk gesetzlich gesichert.

Als biometrische Grundlagen wurden die berufsständischen Richttafeln ABV / Heubeck AG 1997 mit Ergänzungen für die Kommutations- und Barwerte für Sterbeversicherungen verwendet.

4. *Besondere Ereignisse*

Aufgrund der gestiegenen Zahl der insgesamt vom Versorgungswerk zu verwaltenden Mitglieder (eigene und fremdverwaltete) auf nunmehr knapp 11.000 Mitglieder musste das Versorgungswerk über eine Erweiterung der Geschäftsräume nachdenken. Über die Rechtsanwaltsversorgung NRW ergab sich

die günstige Möglichkeit für das Versorgungswerk Geschäftsräume im Neuen Stahlhof, Breite Str. 69, 40213 Düsseldorf, anzumieten.

Mit dem Umzug wurde darüber hinaus das EDV-System erneuert und dem heutigen technischen Standard angepasst. Gleichzeitig wurde eine permanente Sicherung aller Versorgungswerkdaten in einem externen Rechenzentrum in Düsseldorf eingerichtet.

III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag, die wesentlichen Einfluss auf die Lage des Versorgungswerkes ~~im Jahre 2006~~ haben, sind nicht feststellbar.

IV. Voraussichtliche Entwicklung

Gegenüber dem Vorjahr wird eine Erhöhung der Zugangszahlen erwartet. Gleichzeitig ist die Beitragsbemessungsgrenze geringfügig gestiegen. Für 2006 ist somit wieder mit einem Anstieg des Beitragsvolumens zu rechnen. Für das Kalenderjahr 2006 rechnen wir aufgrund des Alterseinkünftegesetzes mit zusätzlichen Steigerungen.

In 2006 wird die bisherige Mitgliederverwaltungssoftware wegen gestiegener Anforderungen auf eine grundlegend überarbeitete Version umgestellt. Diese Umstellung wird teilweise die Arbeitskraft der erfahrensten Mitarbeiter für den Zeitraum der Entwicklung und Umstellung binden. Hierfür wurde ein personeller Ausgleich geschaffen durch die Anstellung von zwei neuen Mitarbeiterinnen. Die Umstellung der Software erfolgt in verschiedenen Etappen, wobei je nach Fortschritt der Umsetzungsarbeiten umfangreiche Tests durch die hierfür abgestellten Mitarbeiter des Versorgungswerks durchgeführt werden.

Hinsichtlich der Anlagepolitik folgt das Versorgungswerk weiterhin der gemeinsam mit einem Berater für Vermögensanlagefragen entwickelten Vermö-

gensenlagestrategie. Ziel ist die weitere Diversifikation der Anlagesegmente zur kontinuierlichen Reduzierung des Risikos.

V. Risiken der künftigen Entwicklung

Die Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir, im Hinblick auf den in der Beitragskalkulation für die Rentenanwartschaften zugrunde gelegten Rechnungszins, wie im Vorjahr in den derzeit relativ niedrigen Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere. Im Vorstand wird daher trotz der bereits eingeführten Zinsschwankungsreserve über eine moderate Absenkung des Rechnungszinses diskutiert. Darüber hinaus sehen wir die steigende Lebenserwartung der Mitglieder des Versorgungswerkes als Herausforderung für die folgenden Jahre. Hierfür wurde eine Biometriereserve gebildet. Weitere Risiken von Bedeutung sind für die Geschäftsführung und den Vorstand zur Zeit nicht erkennbar.

Düsseldorf, den 7.3.2006

gez. Dietmar Lücking

Präsident